

Integration und ihre kulturellen Voraussetzungen

Referat von Daniel Binswanger, Redaktor „Das Magazin“ des Tages-Anzeiger Zürich, anlässlich des GGK-Forums vom 23. März 2016 in der PHSG St.Gallen

Meine Damen und Herren, liebe Studenten, geschätzte Vertreter der Gemeinnützigen Gesellschaft,

Die Frage der Relevanz kultureller Faktoren für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist eine delikate. Wer sich auf den Standpunkt stellt, dass Kultur eine wesentliche Rolle spielt bei den Schwierigkeiten und Chancen des Zusammenlebens mit Migranten setzt sich in verschiedener Hinsicht unschönen Verdächtigungen aus. Nicht ganz unberechtigter Weise:

1. Das Insistieren auf einer „kulturellen Identität“ des Gastlandes kann erscheinen wie eine Weigerung, sich auf „fremdländisches“ hinreichend einzulassen.
2. Der Verweis darauf, dass der andersartige kulturelle Hintergrund von Migranten auch zu Schwierigkeiten führt, scheint ihre Integrationsfähigkeit grundsätzlich in Frage zu stellen. Kulturelle Prägungen können nicht über Nacht verändert werden.
3. Dass Insistieren darauf, dass nicht nur Gesetzeskonformität sondern auch „Sitten und Gebräuche“, also kulturell geprägte Verhaltensweisen, das Zusammenleben bestimmen, kann eine intolerante und oppressive Wirkung haben. Was sollen wir von Bewohnern unseres Landes denn noch mehr erwarten, als dass sie sich an unsere Gesetze halten?

Dennoch wird man kaum in Frage stellen können, dass kulturelle Faktoren sehr wohl eine wichtige Rolle spielen für die Integrationspolitik. Leute, die mit Integrationsarbeit professionelle Erfahrung haben - Lehrer, Sozialarbeiter, Arbeitgeber - wissen das. Es gibt Mentalitäten, sanktionierte Verhaltensweisen, Rollenbilder, Werthaltungen und andere kulturelle Faktoren, die für das Zusammenleben eine entscheidende Rolle spielen. Eine kluge Integrationspolitik muss diese Faktoren in Rechnung stellen. Sie muss dabei jedoch immer situationsgerecht und differenziert bleiben. Sie darf die Menschen, an die sie sich richtet nicht auf Klischees und Vorurteile reduzieren.

Zentral ist die Erkenntnis, dass kulturelle Verhaltensweisen und Mentalitäten nicht vorgegeben und unveränderlich sind. Wo verschiedene Kulturen aufeinandertreffen, wo Einwanderer in einem Gastland leben, setzen notgedrungen Massen Veränderungsprozesse ein. Das muss nicht unbedingt „Assimilation“ bedeuten, aber es ist evident, dass die kulturelle Identität von Migranten durch das Leben in einem neuen Umfeld einem mehr oder weniger starken Veränderungsprozess unterworfen wird. Dieser Prozess ist zentral für die Integrationspolitik.

In der Sozialwissenschaft wird an der Wichtigkeit geteilter kultureller Werte zur Förderung des Zusammenhaltes einer politischen Gemeinschaft kaum mehr gezweifelt. Robert Putnam hat in seiner klassischen Studie „Bowling alone“¹, in der er die Auflösungserscheinungen sozialer Integration in der amerikanischen Gesellschaft analysiert, die These eines Trade-Offs von „solidarity“ and „diversity“ aufgestellt. Nach Putnam sind relativ homogene Gesellschaften zu

¹ Robert Putnam, Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York, 2000

einem höheren Mass an sozialer Solidarität fähig als Gesellschaften, in denen aufgrund starker Migrationsbewegungen eine Vielzahl von verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund aufeinandertreffen. Das klassische Beispiel zum Beleg dieser These sind die USA: Das Land hat tiefere Standards der Sozialversicherung und der gesamtgesellschaftlichen Solidarität, es geht rauer um mit seinen sozial schwachen Bürgern, als dies in vergleichbaren europäischen Ländern der Fall ist. Ein naheliegender Grund ist die Tatsache, dass die USA ein Einwandererland mit ursprünglich relativ heterogener Bevölkerungszusammensetzung waren. Die WASPs, die Iren, die Deutschen, die Italiener, die jüdischen Einwanderer sind zwar alle zur amerikanischen Nation verschmolzen (mit starker protestantisch-angelsächsischer Dominante) aber der Grad gesamtgesellschaftlicher Solidarität, der dadurch entstand, war weniger hoch, als in den kulturell viel homogeneren, europäischen Staaten. Ein ähnliches Phänomen lässt sich innerhalb Europas beobachten. Kulturell am homogensten sind die skandinavischen Länder. Diese Staaten sind es auch, in denen die sozialen Sicherungssysteme bis heute am weitesten ausgebaut sind.

Unter einem anderen Aspekt ist der Trade-Off von „diversity“ und „solidarity“ in den USA interessant. Es hat sich in der Geschichte des amerikanischen Staates immer wieder gezeigt, dass noch mehr als die kulturelle Diversität die Rassenfrage zu einer niedrigen gesamtgesellschaftlichen Solidarität geführt hat. Der Rassismus ist gewissermassen die ultimative Übersteigerung eines zu Desolidarisierung führenden Kommunitarismus. Häufig werden auch Vorurteile gegen bestimmte ethnische Minderheiten, die eigentlich rassistischer Natur sind, kulturell verbrämt. Da Rassismus heute nicht mehr salonfähig ist, besteht zur Rechtfertigung rassistischer Vorurteile stets die Versuchung, „kulturelle“ Prägungen bestimmter Bevölkerungsgruppen geltend zu machen. Es ist deshalb wichtig, ganz klar zwischen Rasse und Kultur als Referenzpunkte in der integrationspolitischen Diskussion zu unterscheiden.

Zwischen den beiden Begriffen bestehen fundamentale Unterschiede. Erstens ist Rasse per se vollkommen irrelevant. Die ethnische Gen-Ausstattung eines Menschen hat keinerlei Auswirkungen darauf, wie er in ein Gemeinwesen integriert werden kann. Seine Hautfarbe ebenfalls nicht – dann jedenfalls nicht, wenn dieses Gemeinwesen nicht an rassistischen Vorurteilen krankt. Kulturelle Prägungen hingegen mögen durchaus eine fördernde oder erschwerende Rolle spielen. Zweitens ist Rassenzugehörigkeit per definitionem unabänderlich. Kulturelle Identitäten hingegen sind immer fluide, offen für Wandlungen, Lernprozesse und Hybridisierungen. Rassisten gehen davon aus, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen nicht harmonisch zusammenleben können. Kulturalisten glauben, dass dieses Zusammenleben einen bereichernden, gelegentlich aber auch schwierigen Integrationsprozess erfordert.

Die Arbeiten von Putnam hat neuerdings Paul Collier in seiner sehr viel diskutierten Studie „Exodus“ weitergeführt². Collier geht davon aus, dass grundsätzlich nichts einer sehr starken Migration entgegensteht, dass diese aber nur dann möglich ist, wenn auch die Integration relativ gut funktioniert. Er versucht dann wiederum Faktoren zu isolieren, welche die Integration erschweren oder erleichtern. Dabei spielen quantitative Überlegungen durchaus auch eine Rolle. Erfahrungsgemäss ist die Integration weniger intensiv, wenn die ansässige Bevölkerung und die Migranten relativ wenig interagieren. Je mehr gesellschaftliche, nachbarschaftliche, professionelle Begegnungen man miteinander hat, desto schneller kommt es zu einem Austausch und zu einer Anpassung, die in beide Richtungen laufen kann. Wenn jedoch eine bestimmte Immigrantengemeinschaft sehr gross ist, nehmen tendenziell

² Paul Collier, Exodus. Migration and Multiculturalism in the 21. Century, Oxford, 2013

die Interaktionen mit der ansässigen Bevölkerung ab. Es kann zu Ghetto-Bildungen kommen, was die Integration verlangsamt. Es spielen zwar jeweils eine Reihe von Faktoren eine Rolle, zum Beispiel das Bildungssystem oder die soziale Durchmischung in der urbanen Besiedlung. Aber auch die Geschwindigkeit der Einwanderung und die absoluten Zahlen sind ein Faktor. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass realistische Befürworter der „Multikulturalität“ immer die Botschaft vertreten haben, dass Multikulturalität zunächst vor allem eines bedeutet: Arbeit. Vermittlungsarbeit, Integrationsarbeit. Multikulturalität ist in ihren Ursprüngen kein idealistisches Programm, das von ihren Befürwortern aktiv hätte durchgesetzt werden wollen. Sie ist auf Grund der starken Migrationsbewegungen, die seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr nur in den USA sondern auch in Europa die gesellschaftliche Entwicklung prägen, ganz einfach eine Tatsache. Ihr Motor sind nicht sozialethische Präferenzen sondern wirtschaftliche Zwänge. Daniel Cohn-Bendit, ein Migrationsexperte und Multikulturalitätsbefürworter der ersten Stunde (von 1989 bis 1997 fungierte er als Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt) hat dies in seinem gemeinsam mit Thomas Schmid verfassten Buch „Heimat Babylon“³ sehr schön auf den Begriff gebracht. Multikulturalität ist niemals ein Selbstläufer. Aber sie ist eine Tatsache. Und da, wo sie klug bewältigt wird, eine Bereicherung für die Gesellschaft.

Wie sieht es in der Schweiz aus mit der Integration, den kulturellen Rahmenbedingungen, den Tradeoffs von Diversität und Solidarität? Zunächst ist festzuhalten, dass die Schweiz im internationalen Vergleich eine äusserst erfolgreiche Integrationspolitik betreibt. Mit einem Ausländeranteil von rund 25 Prozent der Wohnbevölkerung⁴ situiert sie sich unter den Ländern mit dem höchsten Migrantenanteil (und nicht nur aufgrund der relativ restriktiven Naturalisierungen) und kennt dennoch keine der in unseren Nachbarländern bekannten Probleme der Ghettoisierung, der Herausbildung von Parallelwelten und der dramatischen Verwerfungen.

Der Hauptgrund für diese relativ privilegierte Situation ist offensichtlich: Die ökonomischen Rahmenbedingungen erlauben eine sehr weit gehende Arbeitsmarktintegration. Sie ist selbstverständlich das Schlüsselement einer jeden Integrationspolitik. Ohne ökonomischer ist gesellschaftliche Einbindung kaum möglich. Allerdings ist wirtschaftliche Integration zwar eine notwendige, aber noch nicht eine hinreichende Bedingung für ein harmonisches Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Die Lage der Schweiz ist auch insofern eine besondere, als sich das Land durch seine extrem föderalistische Verwaltungsstruktur und seinen auch in den Mentalitäten bis heute tief verankerten Kommunalismus auszeichnet. In keinem anderen Land Europas geniessen Gemeinden und Kantone so viel Autonomie wie in unserem Land. In keinem anderen Land dürften sie so stark und unmittelbar identitätsstiftend sein. Diese politische Kultur zeitigt zwei Effekte: eine relativ grosse Wichtigkeit informeller Organisation und eine relative Schwäche staatlicher Institutionen. Probleme werden vorzugsweise lokal gelöst, man kennt sich, man setzt wo möglich auf zivilgesellschaftliche Lösungen. Aufgrund der Zentralisierungstendenzen im modernen Verwaltungsstaat hat sich diese Besonderheit sicherlich abgeschwächt, sie ist aber dennoch immer noch sehr präsent.

Es handelt sich im Übrigen um einen spezifisch helvetischen Trade-Off zwischen Diversität und Solidarität. Die Schweiz ist sowohl sprachlich als auch kulturell ein äusserst heterogenes Gebilde, hat deshalb ein vergleichsweise schwaches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt

³ Daniel Cohn-Bendit, Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Frankfurt 1993

⁴ <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/01.html>

und kann nur funktionieren, weil alle Teiglieder weiterhin über sehr viel Autonomie verfügen. Für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist das sicherlich ein Vorteil. Kleingekammerte politische Einheiten sind flexibler und können besser auf die Leute zugehen. Allerdings reagieren sie wohl auch sensibler auf lokale kulturelle Dissonanz. Ein Feld, in dem sich das immer wieder illustriert, sind die teilweise absurd hohen Schwellen für Einbürgerungen, die in der Schweiz immer noch auf Gemeinde-Ebene erfolgen.

Wie sieht es bei uns aus mit der Solidarität im Sinne der materiellen Umverteilung? Entgegen dem Anschein (und der Rhetorik bestimmter politischer Kräfte) ist die Schweiz ein Land, in dem relativ wenig umverteilt wird. Zwar verfügt die Eidgenossenschaft über einen vergleichsweise grosszügigen Sozialstaat, aber aufgrund der guten Beschäftigungslage hält sich die Zahl der Sozialfälle im internationalen Vergleich mit etwa 3 Prozent der Bevölkerung in engen Grenzen. Besonderheiten des helvetischen Systems von Steuern und Abgaben führen zudem dazu, dass die Progressivität der Abgabenlast stark limitiert wird. In der Schweiz ist die Einkommensverteilung vor Abgaben und Sozialtransfers fast identisch mit der Einkommensverteilung nach Abgaben und Sozialtransfers (gemessen am Gini-Koeffizienten)⁵. Die einzige wirklich stark progressive Steuer ist die direkte Bundessteuer. Bei kantonalen und kommunalen Steuern ist die Progression weniger ausgeprägt und vor allem führt sie aufgrund der Clusterbildung oberer Einkommensklassen in Tiefsteuergemeinden de facto zu starken Degressionseffekten. Massiv degressiv wirkt auch die Krankenkassenkopfprämie – ein Effekt, der durch die Prämienverbilligungen nur leicht abgemildert wird. Dass die Schweiz dennoch ein Land mit vergleichsweise sehr egalitärer Einkommensverteilung ist – bei den Vermögen sieht es leider ganz anders aus –, muss darauf zurückgeführt werden, dass die Distribution der Primäreinkommen deutlich weniger ungleich ist als in anderen Ländern. Es ist primär der Arbeitsmarkt, der für relativ guten sozialen Ausgleich sorgt. Diese Gegebenheit ist sehr positiv. Allerdings heisst das auch: Sozialpolitische Solidarität ist nicht die allergrösste Tugend der Eidgenossen. Sie müssen davon sehr viel weniger mobilisieren, als sie gemeinhin glauben. Die Schweiz bestätigt: Starke Diversität geht nicht mit übermässiger Solidarität zusammen. Für die kulturellen Aspekte der Integration ist das zunächst einmal eine Chance: Die Schweiz kann mit kultureller Diversität umgehen. Allerdings bedeutet der Kommunalismus auch, dass innerhalb der kleinen Einheiten der Gemeinde, Schulgemeinde oder des Wohnblocks, die Konformitätserwartungen relativ hoch sind.

Im Fokus der Frage kultureller Kompatibilität steht heute der Islam. Hierzu ist anzumerken, dass der Fundamentalismus ein sehr minoritäres Phänomen ist und dass er nicht eigentlich als Ausdruck einer muslimischen Traditionskontinuität betrachtet werden sollte. Der Islam-Spezialist Olivier Roy⁶ hat in zahlreichen Publikationen immer wieder darauf hingewiesen, dass der Islamismus das Symptom einer Modernisierungskrise darstellt, die hervorgerufen wird durch einen Bruch mit dem traditionellen Islam. Die jungen Radikalen kehren nicht zur verschütteten Religion ihrer Väter zurück (auch wenn das ihr Anspruch sein mag), sondern sie richten ihre religiöse Reinheit ganz explizit gegen die religiöse Praxis ihrer Eltern. Der islamistische Fundamentalismus zeugt von einem Generationenkonflikt, in dem die Söhne der Einwanderer sich gegen von ihren Eltern noch hochgehaltene Traditionen wenden. Er ist das Symptom eines kulturellen Bruchs nicht die Folge einer inflexiblen Identität. Als solcher muss

⁵ Bundesamt für Statistik, Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung. Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte, Neuenburg 2012.

⁶ Olivier Roy, *L'islam mondialisé*, Paris 2002. Ders., *La sainte ignorance: le temps de la religion sans culture*, Paris 2008

er auch behandelt werden. Es wird nichts nützen, die muslimischen Migranten zweiter Generation über den Obskurantismus ihrer vermeintlichen Tradition aufzuklären. Es muss ihnen ein alternatives Identitätsangebot gemacht werden.

Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang, die sehr hohe Quote von Konvertiten unter den radikalsten Elementen des islamistischen Fundamentalismus. Ein Viertel aller IS-Kämpfer aus Frankreich sind Konvertiten⁷ – eine verblüffend hohe Zahl, die zeigt, dass der Terrorismus wenig mit Herkunftsprägungen zu tun, sondern vielmehr als eine Art nihilistisch Jugendrevolte betrachtet werden muss.

Einer der Fallstricke bei den Debatten um kulturelle Voraussetzungen der Integration ist der Identitätsbegriff. Identitätspolitik hat etwas Anstössiges, weil sie die Identität von Bürgern auf Eigenschaften wie Gruppenzugehörigkeit reduziert. Das sind natürlich unsinnige ideologische Projektionen. Die Identität eines Subjekts erschöpft sich niemals in seiner Herkunft. Niemand wird dadurch definiert, dass er Protestant oder Katholik, geborener Schweizer oder zugewanderter Tamile, dass er heterosexuell oder homosexuell, männlich oder weiblich ist. Niemand lässt sich auf solche Attribute reduzieren. Die Individualität eines Subjektes geht immer weit über solche sozialen Determinationsmerkmale hinaus. Umgekehrt wäre es aber genauso unsinnig, zu bestreiten, dass unsere Identität von Merkmalen wie konfessionelle Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, Herkunft der Eltern und was es sonst noch gibt an sozialen Bestimmungskriterien nicht entscheidend mitgeprägt würde. Wir haben die Neigung soziale Identität in einem substanzialistischen Sinne aufzufassen, als ein Set von determinierenden Faktoren, die eine Identität erschöpfend festlegen. Diesem falschen Begriff muss ein Begriff der Identität als Summe der Attribute eines Individuums entgegengesetzt werden. Diese Attribute sind in ihrer Zahl potentiell immer unendlich. Kulturelle Prägungen haben grosses Gewicht. Wer aber seine Mitbürger auf diese reduziert, tut ihnen immer unrecht. Dass man immer den Menschen in seiner ganzen Komplexität respektieren muss, ist das Kernethos des Humanismus.

Wie ist schliesslich das Verhältnis zwischen Sitten und Recht zu fassen. Reicht es wenn Migranten sich an unsere Gesetze halten, ganz egal wie „fremd“ ihre Sitten und kulturellen Praktiken bleiben, oder muss Integrationspolitik darauf hinarbeiten, dass eine kulturelle Assimilation stattfindet? Die Basis des Zusammenlebens müssen zunächst die rechtsstaatlichen Normen sein. Es ist klar, dass von einem Bewohner des Landes nur verlangt werden kann, dass er sich an das Gesetze hält. Weiterreichende Anpassungsforderungen wären paternalistisch und illiberal. Sie werden auch gegenüber der ansässigen Bevölkerung nicht gestellt.

Allerdings stellt sich die Frage, ob eine kluge Integrationspolitik bei der Einforderung von rechtskonformen Verhalten stehen bleiben darf. Der wünschenswerte soziale Kitt, der eine Gemeinschaft zusammenhält und beispielsweise ein funktionierendes Bildungssystem ermöglicht, geht über den gesetzlich formalisierten und durchsetzbaren Rahmen hinaus. Allerdings darf „kulturelle Konvergenz“ (sie muss bis zu einem gewissen Grad durchaus beidseitig vollzogen werden), die über gesetzlich definierte Rahmenbedingungen hinausgeht, nicht erzwungen werden. Dies wäre nicht vereinbar mit den Grundsätzen des liberalen Rechtsstaates. Aber sie muss angeboten werden. Teil eines Aushandlungsprozesses sein, der politisch gefördert wird. Gerade in diesem Zusammenhang hat das Schulsystem eine entscheidende Rolle zu übernehmen. Denn echte Integrationsarbeit ist eine Form der Bildung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

⁷ http://www.liberation.fr/planete/2014/10/03/le-jihad-est-aujourd-hui-la-seule-cause-sur-le-marche_1114269